

1 **Grüne Afrikapolitik**

2 Afrikapolitik steht derzeit wieder ganz oben auf der deutschen und europäischen
3 Agenda. Die Flüchtlinge und Migrant*innen aus Afrika bringen die Situation aus ihren
4 Herkunftsländern in das Bewusstsein von Bürger*innen und Politik. Dies führt in der
5 Bundesregierung zu einem Konkurrenzkampf, bei dem sich BMZ, BMF und BMWi mit
6 neuen afrikaorientierten Konzepten zu übertrumpfen versuchen; nur im Auswärtigen
7 Amt herrscht dröhnende Stille. Die EU stellt mit einer Mischung aus öffentlichkeitswirk-
8 samen Gipfeln und Geheimdiplomatie die Grundlagen der europäischen Außenbezie-
9 hungen auf den Kopf. In der deutschen G20-Präsidentschaft spielt Afrika eine zentrale
10 Rolle und das BMF will im G20 Kontext mit einigen afrikanischen Ländern einen „Com-
11 pact with Africa“ abschließen.

12 Dabei wird ein Paradigmenwechsel in der Afrikapolitik vollzogen – immer weiter weg
13 von einer menschenrechtsorientierten Außenpolitik und einer Entwicklungspolitik, die
14 nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt stellt. Wir Grüne lehnen einseitige Interes-
15 senspolitik, die zu Ausbeutung und Abschottung führt, ab. Wir setzen uns ein für Be-
16 ziehungen zu den Afrikaner*innen die auf der Basis einer gemeinsamen, globalen Ver-
17 antwortung aufbauen. Wir stehen für eine Politik, die sich gemeinsam vereinbarten
18 Zielen verpflichtet und das Gesamtregierungshandeln glaubwürdig in deren Dienst
19 stellt. Maßstab dieser Politik sind die universellen Menschenrechte, die Ziele für nach-
20 haltige Entwicklung (SDGs) und das Klimaabkommen von Paris.

21 Die Zukunft liegt in einer Afrikapolitik, die sich von kolonialen und patriarchalen Denk-
22 mustern freimacht und gleichzeitig die europäische Verantwortung gegenüber dem
23 Kontinent ernst nimmt. Die jahrhundertelange Ausbeutung Afrikas durch Europäer*in-
24 nen muss immer kritisch reflektiert werden, wenn es darum geht einen europäischen
25 Blick auf unseren Nachbarkontinent zu werfen.

26 Der Kontinent Afrika ist dreimal so groß wie Europa. Mit seinen 54 Staaten, 1,2 Milli-
27 arden Menschen und über 3000 verschiedenen Sprachen sind die afrikanischen Ge-
28 sellschaften divers und vielfältig. Darum kann es die eine Afrika-Politik gar nicht geben.
29 Erst eine gemeinsame sozial-ökologische Afrikapolitik der EU bildet einen guten Rah-
30 men für einen Austausch auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Daraus folgt ein
31 europäisches Herangehen mit folgenden Kernelementen:

- 32 - Ein ernst gemeinter Dialog mit den afrikanischen Partnern auf der Basis ge-
33 teilter Rechte und gemeinsamer Interessen sowie die Unterstützung von
34 Entwicklungsinitiativen afrikanischer Staaten und regionaler Organisationen
35 wie der Afrikanischen Union (AU).
- 36 - Eine bessere Abstimmung und Harmonisierung der Afrikapolitik zwischen
37 den Ressorts innerhalb Deutschlands durch eine übergreifende Afrikastra-
38 tegie der Bundesregierung, die sich in eine stärkere EU-Afrikapartnerschaft
39 integriert.

- 40 - Eine bessere Abstimmung innerhalb der EU und mit multinationalen Akteu-
41 ren, zum Beispiel durch gemeinsame Programmierung und Bündelung der
42 Ressourcen.

43 **Widersprüchliche und falsche EU-Afrikapolitik beenden**

44 Fluchtursachenbekämpfung kann nicht bedeuten, Despoten dafür zu bezahlen, dass
45 sie unter menschenunwürdigen Bedingungen Flüchtlinge daran hindern, in die EU zu
46 kommen. In diesem Sinne wurden aber auf dem EU-Afrikagipfel 2015 in Valletta vor-
47 geblich die Grundlage für eine Neuausrichtung der EU-Afrikapolitik gelegt und mehr
48 Gelder für afrikanische Staaten versprochen. Tatsächlich sollen in Zukunft vornehmlich
49 Länder belohnt werden, die möglichst effektiv Flüchtlinge von Europa fern halten. Die
50 Regierungen anderer Staaten werden ermahnt sich an menschenrechtliche und
51 rechtsstaatliche Prinzipien zu halten, während Staaten wie Äthiopien oder Sudan für
52 den Aufbau von Grenzschutz und Sicherheitskräften ertüchtigt werden sollen. Dabei
53 werden zunehmend aus innenpolitischem Druck heraus außenpolitische Realitäten
54 umdefiniert.

55 Staaten wie Marokko, Algerien und Tunesien sollen zu sicheren Herkunftsstaaten er-
56 klärt werden, nicht weil sie sicher sind, sondern um die Asylverfahren zu beschleuni-
57 gen. Rüstungsexporte und Waffenlieferungen aus Europa in die Krisenregionen Afri-
58 kas führen zu immer weniger Sicherheit auf dem Kontinent. Gleichzeitig zerstören un-
59 ser Konsum und Handel schon heute Lebensgrundlagen in Afrika. Minister Müller legt
60 einen weder innerhalb der Bundesregierung, noch in der EU und schon gar nicht mit
61 den afrikanischen Partner*innen abgestimmten Marshallplan für Afrika vor. Dieser ent-
62 hält zwar viele richtige Forderungen, schweigt aber darüber, dass seine eigene Regie-
63 rung entscheidenden Anteil hat an einer Agrarpolitik, die die Märkte in Afrika zerstört
64 und zu Landgrabbing beiträgt. Das Entwicklungsministerium selbst ist zuständig für
65 jene Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs), durch die sich der Druck auf die
66 Landwirtschaft und wenig entwickelte verarbeitende Industrien in verschiedenen afri-
67 kanischen Staaten erhöhen wird. Das hält die EU jedoch nicht davon ab, afrikanische
68 Staaten unter Druck zu setzen, diese Abkommen zu ratifizieren. In der Entwicklungs-
69 und Klimafinanzierung ist die Bundesregierung dafür ganz groß im Schönrechnen: Fi-
70 nanzzusagen für den internationalen Klimaschutz und Entwicklungsgelder werden
71 doppelt angerechnet. Zudem stiehlt der Staat sich aus der Verantwortung, wenn im
72 erheblichen Umfang private Mittel eingerechnet werden.

73 Für uns Grüne ist diese widersprüchliche Politik nicht nur aus humanitären und men-
74 schenrechtlichen Gesichtspunkten verwerflich. Sie legt auch die Grundlagen für De-
75 stabilisierung und die Fluchtursachen von morgen, statt einen Beitrag zu einer lang-
76 fristigen nachhaltigen Friedens- und Wohlstandsentwicklung zu bilden.

77 **Herausforderungen für die Staaten Afrikas**

78 Afrika hat in den letzten 25 Jahren in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht viele positive
79 Entwicklungen erreicht. So ist die Armutsrate von 56 Prozent in 1990 auf 43 Prozent
80 in 2012 gesunken. Die Wirtschaft ist in den letzten Jahren in der Mehrzahl der Länder
81 mit über fünf Prozent gewachsen. Die Lebenserwartung ist seit dem Jahr 2000 um
82 über sechs Jahre gewachsen. Trotzdem steht Afrika weiterhin vor enormen Heraus-
83 forderungen, die durch das große Bevölkerungswachstum noch verstärkt werden. Sie-
84 ben der zehn Länder mit der höchsten sozialen Ungleichheit liegen in Subsahara-Af-
85 rika. Gleichzeitig ist dort fast jede/r zweite Erwachsene Analphabet*in, in der Mehrzahl
86 Frauen. Die geringsten Entwicklungserfolge gab es in den vergangenen Jahren in fra-
87 gilen Staaten wie Südsudan, Somalia, der Zentralafrikanischen Republik, Tschad, Su-
88 dan oder der Demokratische Republik Kongo.

89 Wir tragen als Europäer*innen historisch aufgrund des Kolonialismus und heute auf-
90 grund einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung eine große Verantwortung für Afrika.
91 Gleichzeitig sind viele Probleme in Afrika das Resultat von korrupten Eliten und Unter-
92 drückung einerseits und mangelnder Staatlichkeit andererseits. Mit großer Sorge be-
93 obachten wir die anhaltenden und zunehmenden Menschenrechtsverletzungen sowie
94 den demokratischen Rollback in vielen afrikanischen Staaten und die grassierende
95 Korruption.

96 Zunehmend wird die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und unabhängigen Me-
97 dien sowie der Zugang zu sozialen Medien und Internet eingeschränkt und die Oppo-
98 sition mundtot gemacht. Besonders unter Druck gerät dabei die Finanzierung von zi-
99 vilgesellschaftlichen Gruppierungen. Staaten wie Äthiopien die selbst um Investitionen
100 und Entwicklungsgelder aus dem Ausland werben, kritisieren und verbieten zuneh-
101 mend die Finanzierung von NGOs aus dem Ausland. Das ist zynisch und inakzeptabel.
102 Hinzu kommt ein bedenklicher Trend afrikanischer Staaten, aus dem Internationalen
103 Strafgerichtshof auszutreten.

104 **Gemeinsame Verantwortung mit Afrika heißt bei uns in der EU anzufangen**

105 Wir GRÜNE wollen die Zusammenarbeit zwischen der EU und afrikanischen Staaten
106 vom Kopf auf die Füße stellen. Zu lange war Afrika vor allem dann im Fokus der euro-
107 päischen Politik wenn es um einseitige Interessen ging.

108 Als GRÜNE sehen wir in vier Bereichen der deutschen und EU-Politik gegenüber Af-
109 rika eine massive Fehlentwicklung, der wir entgegensteuern wollen: Migration, Frie-
110 den, Klimagerechtigkeit und Handelspolitik.

111 **1. Nachhaltige Entwicklung und Frieden statt Abschottung**

112 Migration ist in Afrika, wie überall auf der Welt, seit Jahrhunderten Teil der Lebensbe-
113 dingungen und Wirtschaftsbeziehungen der Menschen. Die Zunahme der Migration ist

114 auch eine Folge der Globalisierung. Das Problem ist dabei nicht, dass Menschen sich
115 auf den Weg machen, sondern, dass viele durch Armut, Krieg und Terror, Umweltka-
116 tastrophen und politische Verfolgung dazu gezwungen werden. Diese Herausforde-
117 rungen lassen sich weder mit der militärischen Ertüchtigung von Grenzen, noch mit
118 Patrouillenbooten lösen. Sie sind das Ergebnis vielschichtiger politischer Prozesse, die
119 nur bedingt steuerbar sind.

120 Migration ist auch für Europäer*innen ein historischer Normalfall, der über längere Zeit-
121 räume den Menschen in den Herkunftsländern, in den Zielländern und den Migrant*in-
122 nen hilft ihr Potenzial zu entfalten und die Entwicklung für alle fördern kann, wenn denn
123 die Migration richtig gestaltet wird. Die EU ist die größte Geberin von Entwicklungszu-
124 sammenarbeit in Afrika. Afrikaner*innen sind aber immer weniger von unserer Hilfe
125 abhängig, so übersteigen die Rücküberweisungen von Menschen in Europa mit Mig-
126 rationshintergrund aus Afrika in ihre Herkunftsländer die Entwicklungsgelder um ein
127 Vielfaches. GRÜNE treten deshalb dafür ein, es zum Ziel deutscher und der EU-Politik
128 zu machen, dass Menschen selbstbestimmt migrieren können und eben nicht dazu
129 gezwungen sind, ihre bisherige Heimat zu verlassen. Wir wollen diese Staaten besser
130 dabei unterstützen Migration und Entwicklung zusammenzubringen und in Europa die
131 Rahmenbedingungen so gestalten, dass auch hier Integration und Entwicklung für alle
132 Beteiligten gelingen kann.

133 Mit afrikanischen Despoten Deals auf Kosten der Menschenrechte zu schließen, noch
134 dazu am Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten vorbei, lehnen wir
135 ab. Auch lehnen wir es ab, wenn Staaten, die bei Rückübernahmen nicht kooperieren,
136 mit dem Entzug von Entwicklungsgeldern oder Handelspräferenzen gedroht wird. Das
137 trifft dann die Ärmsten der Armen, also jene, die tatsächlich auf Entwicklungszusam-
138 menarbeit angewiesen sind. Außerdem findet eine Verlagerung der Mittel statt: weg
139 von Staaten und Gruppen, die sie besonders dringend brauchen, und hin zu Regie-
140 rungen und Maßnahmen, die Geflüchtete möglichst effektiv stoppen.

141 Im vergangenen Jahr beschloss die EU-Kommission, dass Gelder, die für die zivile
142 Krisenprävention vorgesehen sind, auch zur Unterstützung von Akteur*innen im Si-
143 cherheitsbereich eingesetzt werden sollen. Diese Zweckentfremdung ist nicht nur ein
144 Tabubruch, sondern wird auch von Rechtsexpert*innen als ein Bruch der EU-Verträge
145 gesehen. Und auch hier werden die Mittel an anderer Stelle, also bei der zivilen Kon-
146 fliktbearbeitung und Krisenprävention fehlen.

147 Stattdessen fordern wir:

- 148 – Menschenrechte, zivile Krisenprävention und nachhaltige Entwicklung ins Zent-
149 rum europäischer Außen- und Entwicklungspolitik zu stellen.

- 150 – Statt einem Fokus auf die militärische Bekämpfung von Schlepper braucht es
151 stärkere Bemühungen zur Seenotrettung und legale Zugangswege, wie den Fa-
152 miliennachzug und einen Ausbau der VN-Resettlement-Programme. Zurück-
153 schicken auf dem Meer lehnen wir ab.
- 154 – Keine Konditionierung von Entwicklungsgeldern in Zusammenhang mit einer
155 Abschottung der EU und keine Zweckentfremdung von Entwicklungsgeldern o-
156 der Geldern für zivile Krisenprävention zur Aufrüstung von Sicherheitskräften
157 und Grenzschutz von Diktatoren.
- 158 – Stattdessen fordern wir einen realistischen Aufholplan, um das international ver-
159 einbarte Ziel zu erreichen, bis 2020 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens
160 (BNE) für globale Entwicklung zu investieren. Mittelfristig sollen die Hälfte dieser
161 Mittel an die ärmsten Staaten gehen (LDCs). Alle Entwicklungsgelder müssen
162 sich partnerschaftlich vereinbart an den SDGs und dem Klimaabkommen von
163 Paris orientieren.
- 164 – Die ernsthafte Umsetzung des EU-Vertragsprinzips der Politikkohärenz für Ent-
165 wicklung gilt es endlich umzusetzen. Das bedeutet, alle Politiken wie etwa die
166 Außenwirtschaft oder die Agrarpolitik, auf den Prüfstand zu stellen, inwiefern
167 sie einer nachhaltigen Entwicklung schaden.
- 168 – Statt weiterer Abschottung brauchen wir ein EU-Grenzregime, das Menschen,
169 die vor Krieg, Verfolgung und existentieller Not fliehen, Schutz in der EU ermög-
170 licht und das den Schutz von Geflüchteten nicht auf Staaten abwälzt, die recht-
171 lich und faktisch keinen adäquaten Schutz gewähren.
- 172 – Deutschland und die EU sollten sich z.B. im Kontext der G7 und G20 sowie der
173 OECD für eine gerechtere globale Verteilung der Flüchtlinge v.a. aus Hot-Spot
174 Regionen zur Entlastung direkter Nachbarländer von Krisen- und Kriegsgebiete-
175 ten einsetzen.

176 **2. Ohne Frieden keine Entwicklung**

177 Der Afrikanische Kontinent steht wie kein anderer sicherheitspolitisch unter Druck.
178 Frieden und Stabilität sind in manchen Regionen weit entfernt. Das verhindert nach-
179 haltige Entwicklung. In Afrika gibt es die meisten und intensivsten bewaffneten Kon-
180 flikte im Vergleich mit anderen Kontinenten. Rund um die Sahelregion kommen Krieg
181 und humanitäres Elend besonders häufig zusammen. Im Südsudan, wo ein Völkermord
182 droht, und Nigeria, wo eine Hungersnot ihren fatalen Lauf nimmt, veranschlagen
183 die Vereinten Nationen sogar einen Hilfsbedarf von über einer Milliarde Euro für das
184 laufende Jahr. Dramatisch ist die Situation auch in Somalia, Sudan, Äthiopien, Libyen,
185 der Zentralafrikanischen Republik, im Tschad, in Burkina Faso, Mali, Niger und Mau-
186 retanien, wo die VN den humanitären Bedarf im hohen zweistelligen oder teils sogar
187 hohen dreistelligen Millionenbereich angeben. Die von den UN geforderten finanziellen

188 Bedarfe für diese humanitären Krisen sind dramatisch unterfinanziert und in der der
189 Öffentlichkeit weitestgehend aus dem Blick geraten. Solche Krisen und Konflikte sind
190 nicht nur humanitär eine Katastrophe sondern sie destabilisieren ganze Regionen auf
191 viele Jahrzehnte.

192 Afrika ist heute auch deshalb der Schwerpunkt der UN-Friedenssicherung: In den neun
193 UN-Missionen sind hier vier Fünftel der Blauhelm-Soldaten und -Polizisten weltweit im
194 Einsatz, dazu etwa 15000 zivile MitarbeiterInnen sowie Politische Missionen und Son-
195 dergesandte. Knapp zwei Drittel des uniformierten Personals stammt aus Afrika.

196 Ihre Rahmenbedingungen werden schwieriger, Friedensprozesse – soweit überhaupt
197 vorhanden – komplexer. Aber UN-Missionen in Afrika sind oft das letzte Netz vor dem
198 Absturz in totales Kriegschaos. Unter diesem Aspekt ist es unverständlich, warum das
199 deutsche Engagement in diesen Einsätzen vergleichsweise gering in Personal und
200 Ausstattung ist. Hier braucht es deutlich mehr Engagement.

201 Es gilt, durch VN-mandatierte Einsätze langfristig afrikanische Akteure zu stärken – in
202 ihrer Legitimität und ihren Fähigkeiten. Die Stärkung afrikanischer Akteure darf aller-
203 dings nicht aus einer Haltung des Wegschiebens geschehen: So richtig es ist, dass
204 afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme gefunden werden, so richtig ist es
205 aber auch, dass Deutschland und die EU eine Mitverantwortung tragen, wenn sie Mas-
206 senverbrechen in anderen Teilen der Welt tatenlos zusehen. Wir sollten daher im
207 Sinne der Schutzverantwortung für den Frieden dazu beitragen, dass die Weltgemein-
208 schaft kollektiv in der Lage ist, friedens erzwingende Maßnahmen zu ergreifen, wenn
209 der UN-Sicherheitsrat oder im Falle seiner Blockade die Generalversammlung dies mit
210 qualifizierter Mehrheit beschließt.

211 Auch Regionale Kooperation ist ein wichtiger Schritt, um Frieden zwischen Staaten zu
212 wahren, grenzüberschreitende Fragen und Probleme zu regeln, aber auch zunehmend
213 um innerstaatlichen Herausforderungen zu begegnen. Heute gibt es 22 Regionalorga-
214 nisationen in Afrika, so viele wie auf keinem anderen Kontinent. Die EU fördert viele
215 dieser Integrationsprojekte und trägt damit durch Wahlbeobachtung, Kapazitätsaufbau
216 und Vermittlung substantiell zur Stabilisierung Afrikas bei. Mit der African Peace and
217 Security Architecture, welche die Afrikanische Union mit verschiedenen regionalen Or-
218 ganisationen wie der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) verbind-
219 det, sind wichtige Schritte hin zu präventiven, auf die Verhinderung von Massenver-
220 brechen abzielenden Institutionen (u.a. Frühwarnsysteme, Mediation usw.) geschaffen
221 worden, welche die Verantwortung der VN sinnvoll ergänzen können.

222 Solche Formen der multilaterale Zusammenarbeit gilt es weiter zu fördern und auszu-
223 bauen. Eine einseitige wie von Angela Merkel unterstützte bilaterale „Ertüchtigungs-
224 politik“ von Diktaturen wie Ägypten, wo die Menschenrechte mit Füßen getreten wer-
225 den, ist dagegen weder außenpolitisch weitsichtig noch mit europäischen Werten und
226 Interessen vereinbar.

- 227 – Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik sollten sich stärker an der langfris-
228 tigen Schaffung von Stabilität ausrichten und entsprechend stärker in Good
229 Governance, Rechtsstaatlichkeit, Demokratieförderung und Zivilgesellschaft in-
230 vestieren, anstatt sich in Abhängigkeit von despotischen Regimen zu begeben.
- 231 – Wir fordern, die humanitäre Hilfe weiter deutlich zu erhöhen und auf einem ho-
232 hen Niveau zu verstetigen, um damit das Schlimmste abzuwenden.
- 233 – Die VN müssen strukturell und dauerhaft viel besser und ausreichend ausge-
234 stattet werden.
- 235 – VN-mandatierte Einsätze in Afrika müssen von Deutschland deutlich besser un-
236 terstützt werden
- 237 – Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen darauf umschalten, Regionalorgani-
238 sationen statt Regionalmächte zu stärken.
- 239 – Eine Stärkung afrikanischer Sicherheitsstrukturen muss immer mit einer Stär-
240 kung der politischen Legitimation einhergehen.
- 241 – Einen Fokus ist auf den Schutz der Menschenrechte und die Verhinderung von
242 Massenverbrechen zu legen.

243 **3. Klimagerechtigkeit für Afrika**

244 Afrika ist in extremem Maße von der Klimakrise betroffen. Die Auswirkungen entziehen
245 Lebensgrundlagen und Entwicklungschancen. Und sie stellt vor allem fragile Staaten
246 und die ärmsten Länder vor enorme Herausforderungen. Die Klimakrise wirkt so wie
247 ein Brandbeschleuniger auf gewalttätige Konflikte und soziale Ungleichheit. So geht
248 die Internationale Organisation für Migration in mittleren Szenarios von über 200 Milli-
249 onen Klimaflüchtlingen bis 2050 aus, die vor Hochwasser, Meeresspiegelanstieg, Dür-
250 ren, Stürmen und Hitzewellen fliehen. Die Klimakrise stellt eine Gefährdung der sozi-
251 alen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte großer und besonders verwundbarer Be-
252 völkerungsgruppen v.a. auch in Afrika dar.

253 Der Klimawandel trifft die afrikanische Wirtschaft besonders hart. Die langanhaltende
254 Trockenheit in Süd- und Ostafrika hat die extreme Anfälligkeit der afrikanischen Land-
255 wirtschaft gegenüber den Folgen des Klimawandels vor Augen geführt. Zwei Drittel der
256 afrikanischen Beschäftigten sind in der Landwirtschaft tätig, ein Drittel des afrikani-
257 schen BIPs kommt aus diesem Sektor. Das Voranschreiten des Klimawandels wird
258 daher die wirtschaftlichen Grundlagen Afrikas besonders hart treffen.

259 Der Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft muss darum jetzt beginnen – ganz beson-
260 ders in den Industriestaaten, aber auch in den Entwicklungsländern. Besonders im
261 Fokus steht für uns Grüne die industrielle Landwirtschaft samt Massentierhaltung. Sie
262 ist die Klimakillerin Nummer zwei nach der Kohle. Sie trägt massiv zur Erderwärmung

263 bei, ohne dafür zu sorgen, den Hunger in der Welt zu reduzieren. Abholzungen und
264 der Einsatz von Kunstdünger setzen große Mengen Treibhausgase frei. Ökologische
265 Landwirtschaft dagegen reduziert die Emissionen, ist oft ertragsreicher, besser dem
266 Klima angepasst, erhält Wälder, die Biodiversität und verbessert die Fruchtbarkeit der
267 Böden.

268 Und wir wollen Deutschlands Verantwortung für eine globale Energiewende stärken.
269 Kooperation zur Diversifizierung und zur Überwindung der Abhängigkeit von fossilen
270 Energieträgern ist für uns zentral. Ende 2015 beliefen sich laut einem Bericht des
271 Overseas Development Institute die Subventionen der G20-Staaten für fossile Ener-
272 geträger auf 444 Milliarden US-Dollar pro Jahr, viermal so viel wie die globalen Sub-
273 ventionen für erneuerbare Energien. Wenn sie abgebaut würden, stünde viel Kapital
274 zur Förderung nachhaltiger Investitionen zur Verfügung.

275 Das Klimaabkommen von Paris ist ein großer Meilenstein, um den globalen Tempera-
276 turanstieg tatsächlich auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Ohne finan-
277 zielle Mittel, die gerade in den ärmsten Ländern fehlen, kann das Ziel nicht erreicht
278 werden. Deutschland hat als viertgrößtes Industrieland dabei eine besondere Verant-
279 wortung:

- 280 – Deutschland muss sich auf dem G20-Gipfel durchsetzen die klimaschädlichen
281 Subventionen abzubauen und sie für verstärkte Investitionen für dezentrale er-
282 neuerbare Investitionen unter anderem in Afrika einzusetzen.
- 283 – Die gemeinsame europäische Agrarpolitik der EU (GAP) muss sich konsequent
284 an ökologischer Landwirtschaft ausrichten.
- 285 – Wir wollen ab dem Jahr 2020 den fairen deutschen Anteil von ca. 10 Millionen
286 US-Dollar (ca. 8,5 Milliarden Euro) jährlich an den versprochenen globalen 100
287 Milliarden US-Dollar für die internationale Klimafinanzierung bereitstellen. Pri-
288 vate Mittel dürfen nur einen kleinen Anteil davon ausmachen. Langfristig sollen
289 diese Gelder zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit bereits gestellt wer-
290 den
- 291 – Deutschland und die EU müssen Afrika außerdem viel stärker durch Transfers
292 von Technologie und Know-How für klimabedingte Anpassungsmaßnahmen,
293 Emissionsreduktion und den Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise un-
294 terstützen.

295 **4. Ein Green New Deal mit Afrika**

296 Mit den sinkenden globalen Rohstoffpreisen hat sich die Wirtschaftslage vieler afrika-
297 nischer Länder in den vergangenen Jahren noch einmal verstärkt. Im Jahr 2016 sind
298 die Wachstumsraten für das subsaharische Afrika auf nur noch drei Prozent gesunken.
299 Gleichzeitig hat die Ungleichverteilung von Einkommen massiv zugenommen. Nahezu

300 die Hälfte der subsaharischen Bevölkerung lebt in absoluter Armut. Das ist der Nähr-
301 boden für soziale Spannungen und Konflikte.

302 In den letzten Jahren wurde in den allermeisten afrikanischen Staaten die Chance ver-
303 passt, trotz teilweise hoher Wachstumsraten die Diversifizierung der Wirtschaft voran-
304 zutreiben. Noch immer besteht eine erhebliche Abhängigkeit von Rohstoffexporten,
305 dagegen stagniert der Anteil der verarbeitenden Industrie. Der Rückgang der Rohstoff-
306 preise in den letzten Jahren hat deshalb einige der afrikanischen Staaten besonders
307 hart getroffen. Hinzu kommt, dass multinationale Unternehmen und Eliten Geld ins
308 Ausland schaffen, das dann vor Ort fehlt. Das International Consortium of Investigative
309 Journalists (ICIJ) schätzt anhand der Panama Papers dass multinationale Konzerne
310 durch Steuertricksereien jährlich rund 50 Milliarden US-Dollar aus Entwicklungslän-
311 dern entziehen. Die Steuersysteme in Afrikanischen Staaten sind oft schwach und dys-
312 funktional. Durch den Rückgang der Rohstoffpreise und durch die entgangenen Ein-
313 nahmen verschulden sich viele Staaten Afrikas immer weiter. Diese Schuldenlast lässt
314 immer weniger Spielraum für eine nachhaltige und entwicklungsorientierte Haushalt-
315 politik, insbesondere für die Finanzierung von grünen Infrastrukturinvestitionen.

316 Die Industrieländer halten mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht die afrikani-
317 schen Staaten fest im Griff. Auch die EU verfolgt in Afrika harte Wirtschaftsinteressen
318 und lässt vielen afrikanischen Staaten kaum noch Luft zum Atmen. Das zeigt sich be-
319 sonders bei den Verhandlungen um Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs). Die
320 EU erpresst die afrikanischen Staaten, die Abkommen zu ratifizieren, obwohl es mas-
321 siven Widerstand in den Länder selbst gibt. Im vergangenen Jahr knickte Kenia ein
322 und ratifizierte das Ostafrika-EPA mit der EU, nachdem die EU kurzzeitig Zölle auf
323 kenianische Produkte wieder eingeführt hatte. Einem ähnlichen Druck sieht sich der-
324 zeit Tansania ausgesetzt. In einigen afrikanischen Ländern engagiert sich eine aktive
325 Zivilgesellschaft gegen die Ratifizierung der EPAs in ihrem Land.

326 Für uns Grüne stehen die verhandelten EPAs im Widerspruch zum Anspruch einer
327 nachhaltigen Entwicklung. Sie gefährden die eigenständige Ausbildung einer afrikani-
328 schen Industrie und die regionale Landwirtschaft. Es steht zu befürchten, dass die kos-
329 tengünstigen europäischen Agrarprodukte nun gänzlich den afrikanischen Markt fluten
330 und dadurch die Lebensgrundlage von Millionen von Kleinbäuer*innen zerstören. Dies
331 würde gleichzeitig die Abhängigkeit von europäischen Lebensmittelexporten erhö-
332 hen. Die EU muss hier dringend umsteuern und endlich auf eine faire Handels- und
333 Wirtschaftspolitik umschalten:

- 334 – Statt eines Marketing-Marshallplans für Afrika ohne Folgen brauchen wir einen
335 afrikanischen Green New Deal auf Augenhöhe.
- 336 – Wir lehnen die bereits verhandelten EPAs mit den Entwicklungsländern Afrikas
337 ab. Den afrikanischen Staaten muss deutlich mehr Spielraum gegeben werden,
338 sich auch durch höhere Zollanhebungen und Quotenregelungen vor zerstörereri-
339 schen Billig-Importen zu schützen.

- 340 – Zukünftig müssen Abkommen transparent verhandelt und nach sozialen, öko-
341 logischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sein. Sie dürfen au-
342 ßerdem die etablierten demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen nicht
343 in Frage stellen.
- 344 – Handels- und Wirtschaftsabkommen müssen außerdem aktiv zur Diversifizie-
345 rung der afrikanischen Wirtschaft beitragen, die langfristige Abhängigkeit von
346 Rohstoffexporten reduzieren und den Entwicklungspfad hin zu einer kohlen-
347 stoffarmen Industrialisierung fördern.
- 348 – Die EU muss afrikanische Staaten dabei unterstützen, faire und umsetzbare
349 Steuersysteme aufzubauen statt stillschweigend zuzuschauen, wie multinatio-
350 nalen Konzerne das Geld außer Landes schaffen.
- 351 – Die Stärkung der reproduktiven Rechte von Frauen, der Schutz vor Gewalt und
352 mehr Partizipation müssen mit auf die Agenda, da die Wirtschaft eines Landes
353 besser vorankommt, wenn Mädchen und Frauen unterstützt werden.
- 354 – Das Recht auf Nahrung muss endlich konsequent umgesetzt werden. Dafür
355 müssen Kleinbäuer*innen, die 80 Prozent der weltweiten Nahrungsmittelpro-
356 duktion erbringen, und nicht die Agrarindustrie intensiver gefördert werden. Das
357 Ziel ist Ernährungssouveränität: die selbstbestimmte, nachhaltige Agrarproduk-
358 tion für Eigenbedarf, lokale und regionale Märkte. Die Abhängigkeit von inter-
359 nationalen Saatgut-, Pestizid- und Düngemittelkonzernen muss verringert wer-
360 den.
- 361 – EU-Dumpingexporte in Entwicklungsländer wollen wir stoppen und die Speku-
362 lation mit Nahrungsmitteln bekämpfen. Die Abschaffung der Flächenprämien für
363 europäische Landwirte ist längst überfällig, der Raubbau der Fischbestände Af-
364 rikas muss sofort beendet werden.